

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Bezahlung entgegen. - Verzeichnis der Anzeigenpreise. - Preisliste Nr. 53.

Anzeigenpreise für den Anzeiger des Erzgebirges. - Preisliste Nr. 53. - Verzeichnis der Anzeigenpreise. - Preisliste Nr. 53.

Telegraphisches Anzeiger des Erzgebirges. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 199

Nr. 35

Montag, den 11. Februar 1924

19. Jahrgang

Das Resultat der ersten Sachverständigenkommission.

Das erste Sachverständigenkomitee veröffentlicht folgendes:

Die Arbeiten des ersten Sachverständigenkomitees haben dazu geführt, mit einstimmiger in großen Zügen den Plan festzulegen, den es für die Errichtung einer neuen deutschen Goldnotenbank anempfiehlt, die ihre eigenen Noten gegen diejenigen der Rentenbank und der Reichsbank austauschen soll. Die diesem Entwurf zugrundeliegenden allgemeinen Prinzipien sind dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zur Kenntnis gebracht worden, der durch seinen Eindruck hat, unter dem auch die Sachverständigen selber stehen, daß dieser Entwurf zur Ausführung gelangt, er sich als der bedeutsamste Schritt zur endgültigen Stabilisierung der deutschen Wäluung und zur Ausbalanzierung des deutschen Etats erweisen wird.

Das Sachverständigenkomitee wird der Reparationskommission gegenüber zum Ausdruck bringen, daß der Plan, den es der Kommission unterbreiten wird, baldmöglichst zur Ausführung gebracht werden soll. Dr. Schacht hat dem Komitee erklärt, daß er bei der Aufstellung seiner Pläne für die Errichtung einer Goldnotenbank es so eingerichtet wolle, daß ihr Aufgehen in die von dem Komitee vorgeschlagene Rentenbank erleichtert werde. Dr. Schacht wird am 18. Februar mit dem Sachverständigenkomitee in Paris wieder zusammentreffen.

Zu dieser Auslassung wird vom Wollsbureau von unterrichteter Seite geschrieben:

Die offizielle Auslassung des Sachverständigenkomitees, das seine Währungsarbeiten in Berlin hiermit vorerst beendet haben dürfte, zeigt in erfreulicher Weise, daß die Zusammenarbeit zwischen den in Frage kommenden deutschen Stellen und dem Komitee zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hat. Das Komitee, das von der Reparationskommission den Auftrag empfangen hat, Vorschläge für eine definitive Stabilisierung der deutschen Wäluung zu machen, hat seine Arbeiten von vornherein und unverändert auf diesen Endzweck gerichtet. Der dahingehende Plan hat die Vereinfachung der bisherigen verschiedenen deutschen Zahlungsmittel auf einer einzigen Goldbasis zum Ziele. Die Gedankengänge, die das Komitee dabei leiteten, sind derart, daß auch von deutscher Seite ein Erfolg daraus erwartet wird.

Andererseits hat das Komitee ebenfalls erkannt, daß unsere derzeitigen Wirtschafts- und Währungsverhältnisse eine prompten Handeln erfordern. Die Sachverständigen werden diese Auffassung der Reparationskommission gegenüber zum Ausdruck bringen und zeigen durch die bereits für den 18. Februar in Paris angeordnete Fortführung der gemeinsamen Arbeiten, daß es ihnen mit der beschleunigten Lösung des Problems ernst ist.

Aus der somit von allen beteiligten Stellen bezeugten prompten Arbeitswilligkeit und übereinstimmenden grundsätzlichen Auffassung geht hervor, daß die letzten spekulativen Vorgänge auf dem Devisenmarkt jeder Begründung entbehren, und daß die Ueberführung des derzeitigen Wertverhältnisses unserer Zahlungsmittel in einen definitiven Zustand mit Sicherheit in Aussicht zu nehmen ist.

Der Sitz der Goldnotenbank noch in Deutschland?

Die Sabas-Agentur begleitet einen Bericht der Berliner Sachverständigenkommission mit folgendem Zusatz: Eine Entscheidung über die Frage der Goldnotenbank wird erst im Frühjahr zu erwarten sein. Der französisch-belgische Plan ist von den Sachverständigen mit unwesentlichen Veränderungen angenommen, und die Bereitwilligkeit des deutschen Reichspräsidenten Dr. Schacht, seinen Entwurf des Entwurfs der Sachverständigen anzupassen, kann man als Entgegenkommen Deutschlands hinsichtlich der Forderungen der Sachverständigen auffassen.

Der „Matin“ meldet aus Berlin, die Sachverständigen seien nachträglich übereingekommen, daß der Sitz der Bank doch in Deutschland sein soll.

Franszösische Manöver gegen die Rentenmark.

Die Rentenmark unerschüttert.

In den letzten Tagen machte sich der ganz unbekanntbar von Frankreich aus geleitete Versuch bemerkbar, auch die Rentenmark zum Objekt einer Inflation zu machen. Da die Rentenmark selbst nicht ins Ausland gelangt, versuchte man auf dem Umwege über die Papiermark an sie zu gelangen. In dem man das Stabilitätsverhältnis zwischen Rentenmark und Papiermark einzureißen versuchte. Die nominelle Kursüberhebung vom vergangenen Freitag wurde mit einer Menge chaotischer Gerüchte über eine „Rentenmarkkrise“ und über eine „Krise der Berliner Sachverständigenberatungen“ begründet, die größtenteils in Berlin von Pressekorrespondenten der interessierten Mächte fabriziert wurden. Der Zeitgedanke all dieser dunklen Manöver ist nicht

anderes als die Beunruhigung Frankreichs darüber, daß die Sachverständigenberatungen eine Besserung der außerpolitischen Lage Deutschlands bringen könnten. Man scheut nicht davor zurück, zu den verwerflichsten Mitteln zu greifen, um durch einen neuen Inflationswirbel jede Besserung der Lage Deutschlands zu verhindern. In den Mittelpunkt dieser Bemühungen hat man die Arbeiten der Sachverständigen gestellt.

Das ganze Manöver ist ganz hinfällig, da die Sachverständigenkommission eben nicht gescheitert ist sondern erfolgreich weiterarbeitet und in bestem Einvernehmen, wie sie eben in ihrem Kommuniqué allen feindlichen Verleumdungen entgegen erklärt hat. Ferner: die internationale Spekulation hat keinen Einfluß auf die Rentenmark: die Goldanleihe ist ganz unverändert geblieben: Steuern endlich werden jetzt wieder mehr eingehoben wegen der fälligen Vorauszahlungen für die Einkommensteuer. Was die höheren Anforderungen an Devisen betrifft, so wird mitgeteilt, daß es sich hierbei vor allem um Anforderungen der Leder- und Textilindustrie handelt, die nach langer Stocung endlich wieder in Schwung kommen.

Die Fälschung des Versailler Vertrages.

Orlando und Lloyd George wurden geprellt.

Die englischen Enthüllungen Lloyd Georges meinten die „B. J.“ durch einige bisher unbekanntes Einzelheiten ergänzen zu wollen, und diese zeigen, daß in der Tat die Schicksalsfragen Deutschlands in den Artikeln 428 und 432 des Friedensvertrages durch höchst ansehnliche Trias Clemenceaus entschieden worden sind. Vor allem sei bei den in Frage stehenden Verhandlungen der Italiener Orlando nicht hinzugezogen worden. Es sei aber gerade das Wichtigste, daß nach Vorlage des Textes sich von vier Beteiligten drei dagegen erklärten und zwar die Herren Wilson, Orlando und Lloyd George. Den Beweis für diese Tatsachen erbringen folgende Feststellungen:

1. Orlando hat den Text nicht unterschrieben und Italien hat keine Besatzungstruppen zur Verfügung gestellt.

2. Lloyd George hat — und insoweit sind seine künftigen Enthüllungen durchaus Tatkraft — nach seiner Rückkehr aus Paris am 21. April sein Befremden darüber ausgedrückt, daß Clemenceau unter Protest der für die Konferenz festgestellten Sätze durch Wilson den Text der Konferenzbeschlüsse hatte unterschreiben lassen entgegen dem Embitten der anderen. Orlando war in den kritischen Tagen nach Italien abgereist. Er mußte zu Hause einen merkwürdigen und höchst ungewöhnlichen Appell Wilsons an das italienische Volk wegen Fiume bekämpfen. Gleichzeitig mußte Lloyd George nach London fahren. Um sich dem Oberhause zu stellen. Ein merkwürdiger Zufall. In jenem Tage, am 20. April, legte Clemenceau Wilson die Telegramme vor, die aus Italien in Beantwortung des Wilsons Vorschlags eingelaufen waren und gleichzeitig den Text für die Einzelanbefehung. Er besetzte den Widerstand Wilsons gegen den letzteren mit dem Argument, die er aus dem italienischen Bruch herleitete. Wilson unterschrieb in der Ueberzeugung, gegen diese Unterschrift unter eine Bestimmung zur Anebelung und Entredung Deutschlands Clemenceaus Unterstützung in einer reinen Prestigeangelegenheit der Fiumer Frage erkaufte zu haben.

Kugenscheinlich auf italienische Mitteilungen gestützt fährt das Blatt fort: Die Schuld Wilsons ist von Lloyd George nicht dem Buchstaben aber dem Sinne nach durchaus richtig wiedergegeben worden, denn wenn auch kein bestimmtes Abkommen zwischen Clemenceau und Wilson bestanden hat, so sind, wie wir hier aus zuverlässiger Quelle dargestellt haben, geheime Verhandlungen der Anlaß zu dem Umfall Lloyd Georges gewesen, die schlimmer noch als politische Abmachungen dem Kauf der französischen Hilfe in der obigen persönlichen Eitelkeit dienten. Die Schuld Lloyd Georges aber war es, daß er sich gegenüber den beiden scheinbarwichtigen in seiner Abwesenheit vollzogenen Unterschriften nicht aufs Konferenzstatut berief, und Orlando zu Hilfe holte, der das wußte und seine Ueberstimmung behielt hätte.

Eine bedeutsame Erklärung Spencers.

Der Verfasser des Lloyd George-Interviews in der „New York World“, Harold Spencer, der im „Daily Chronicle“ die ganze Verantwortung für den Zwischenfall auf sich genommen hatte, wiederholt nunmehr in der „New York World“ alle seine Erklärungen. Er telegraphiert seinem Blatt: Ich halte jedes Wort meines Artikels aufrecht. Ich bleib noch unterhalb dessen, was Lloyd George mir erklärte. Es ist peinlich für alle Welt, derartige Fragen in diesem Augenblick aufzuwerfen, wo

der große Staatsmann, der Europa den Frieden bringen wollte, verschwindet. Aber wir müssen nur mit den Lebenden rechnen. Lloyd George wollte nicht, daß die Franzosen sich dort niederlassen, wo sie jetzt sind. Ich verstehe die Lage Lloyd Georges sehr gut, der zwischen mehreren Feuern steht. Sein sogenanntes Dementi ist nur ein Versuch, die Frage in Verwirrung zu bringen. (1) Was er mir sagte, erklärte er vor mehreren Zeugen, u. a. vor dem Chefredakteur des „Manchester Guardian“, und er kann nicht leugnen, daß einem Geheimvertrag gebrochen zu haben. Er war sehr zornig als er diese Angelegenheit erörterte. Als Lloyd George nach seiner Reise von London nach Paris zurückkehrte, stellte er fest, daß Clemenceau während seiner Abwesenheit den Präsidenten Wilson für seine Sache in dieser lebenswichtigen Frage gewonnen hatte. Lloyd George tabelte nicht den Präsidenten Wilson, aber er tabelte Clemenceau, daß er so in seiner Abwesenheit handelte. Es ist ein Geheimvertrag, der ohne Wilson abgehandelt wurde. Harold Spencer wendet sich am Schluß seines Telegramms gegen Verträge die ohne Wissen der Völker abgeschlossen werden, und nur aus diesem Grunde habe er geschrieben. Es sei von Zeit zu Zeit die Aufgabe eines Journalisten alle Schranken zu brechen. Wenn er inhaftiert geworden wäre, so wäre er es noch einmal, wenn die Frage der Geheimdokumente neuerlich aufgeworfen würde.

Lloyd George schweigt.

„Daily Telegraph“ zufolge erwiderte Lloyd George auf die Bitte, zu dieser neuen Erklärung Spencers Stellung zu nehmen, er stehe zu jedem Wort seiner eigenen in der Presse veröffentlichten Mitteilung und lehne es ab, sich auf eine weitere Erörterung über eine Unterhaltung einzulassen, die er mit Gästen in seinem eigenen Hause geführt habe.

Eine Aussprache zwischen Macdonald und Poincare.

Die Zusammenkunft zwischen Poincare und Macdonald ist mit aller Wahrscheinlichkeit für das Ende der Woche zu erwarten. In Paris wird offen erklärt, daß man, wenn Macdonald einen bestimmten Antrag stellen würde, diesen ohne Widerstand und ohne Widerspruch annehmen wolle. Bei der bevorstehenden Besprechung der beiden Ministerpräsidenten sollen alle schwebenden Fragen erörtert werden, und wenn sie zu einem vollen Einvernehmen kommen, soll gleichzeitig der Zeitpunkt für die Einberufung einer großen internationalen Konferenz mit Hinzuziehung der Vereinigten Staaten vereinbart werden. Insbesondere wird auch die Zulassung Deutschlands in den Völkerbund von Macdonald und Poincare diskutiert werden. Hierzu erklärt der „Daily Telegraph“, daß Frankreich eine solche Zulassung nur dulden wolle, wenn Deutschland alle militärischen Verpflichtungen des Versailler Vertrages vollkommen durchführe. Frankreich ist einverstanden mit der Haltung Deutschlands gegenüber der Militärkontrolle anzufrieden und das genannte englische Blatt hat allen Anlaß zu der Annahme, daß Frankreich die Frage der internationalen Militärkontrolle als erste neuerlich aufzuwerfen wird.

Der Zeitpunkt für die Besprechung der beiden Ministerpräsidenten ist deshalb erst für das Ende der Woche vorzusehen, weil zunächst einmal die Fühlungnahme Macdonalds mit dem englischen Unterhaus stattfinden soll und weil man auch die Rückkehr der beiden Sachverständigenausschüsse aus Berlin abwarten will, da man in Paris hofft, daß diese in der Lage sein würden, Mitteilungen über den Stand der Finanzlage in Deutschland zu machen, so daß also der Lösung der Reparationsfrage nähergetreten werden könnte.

Neue Zollschikane der Regie.

Auf der Zollkontrollstelle Herbede ist am 8. Febr. folgendes Schreiben der interalliierten Zollverwaltung des Ruhrgebietes, Bezirksdirektion Dortmund, eingegangen: „Die Dienststunden für die Zollbeamten werden allgemein auf 8 bis 13 und 3 bis 8 Uhr (französische Zeit) festgesetzt. Die Abfertigung von Güterzügen erfolgt grundsätzlich nur während dieser Dienststunden. Die gesamtliche Abfertigung außerhalb der Dienststunden muß bezahlt werden und wird vom dienstleitenden Zollbeamten genehmigt. Die Stundenlöhne betragen 3 Franken für leitende und 4 Franken für die übrigen Beamten bei Tage, nachts 7,5 Franken. Die Verordnung tritt am 11. Februar in Kraft.“

Von unterrichteter deutscher Seite wird hierzu mitgeteilt: Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, dieses Verfahren auf weiteren bezw. allen Zollkontrollstationen einzuführen. Die Zollposten in Rinderath legten bereits Mittagspausen von 12 bis 2 Uhr ein. Während dieser Zeit ruht jede Zollabfertigung und damit auch der Lückengüterverkehr. Dieses Verfahren steht in krasser Uebertreibung zu den in den Wainger Verhandlungen seitens der Regie zugesagten Bemühungen um die Zollvereinfachung. Statt der Zollvereinfachung sind vielmehr nach dem obigen Schreiben Erhöhungen zu gewärtigen, wodurch der glatte Güterverkehr mit dem